

-----Original Message-----

From: BIRKENMAIER Dieter (TAXUD)

Sent: Tuesday, December 08, 2009 11:20 AM

To: MANN Thomas (EP); MAYER Hans-Peter (EP); MEISSNER Gesine (EP); NEUSER Norbert (EP); NIEBLER Angelika (EP); PACK Doris (EP); PIEPER Markus (EP); POSSELT Bernd (EP); QUISTHOUDT-ROWOHL Godelieve (EP); RAPKAY Bernhard (EP); REIMERS Britta (EP); REUL Herbert (EP); RODUST Ulrike (EP); ROTH-BEHRENDT Dagmar (EP); RUEHLE Heide (EP); SCHNELLHARDT Horst (EP); SCHNIEBER-JASTRAM Birgit (EP); SCHOLZ Helmut (EP); SCHROEDTER Elisabeth (EP); SCHULZ Martin (EP); SCHULZ Werner (EP); SIMON Peter (EP); SIPPEL Birgit (EP); SOMMER Renate (EP); STEINRUCK Jutta (EP); THEIN Alexandra (EP); THEURER Michael (EP); TRUPEL Helga (EP); ULMER Thomas (EP); VERHEYEN Sabine (EP); VOSS Axel (EP); WEBER Manfred (EP); WEILER Barbara (EP); WESTPHAL Kerstin (EP); WIELAND Rainer (EP); WILS Sabine (EP); WINKLER Hermann (EP); ZELLER Joachim (EP)

Subject: FW: FAZ betr den europaischen Oeffentlichen Dienst

-----Original Message-----

From: BIRKENMAIER Dieter (TAXUD)

Sent: Tuesday, December 08, 2009 11:12 AM

To: GEIER Jens (EP); GIEGOLD Sven (EP); GLANTE Norbert (EP); GROOTE Matthias (EP); HAFNER Gerald (EP); HANDEL Thomas (EP); HARMS Rebecca (EP); HAUG Jutta (EP); HAUSLING Martin (EP); HIRSCH Nadja (EP); HOHLMEIER Monika (EP); JAHR Peter (EP); JEGGLE Elisabeth (EP); KAMMEREVERT Petra (EP); KASTLER Martin (EP); KELLER Franziska (EP); KLINZ Wolf (EP); KLUTE Jurgen (EP); KOCH Rene-Pierre (JLS); KOCH-MEHRIN Silvana (EP); KRAHMER Holger (EP); KREHL Constanze (EP); KREISSL-DORFLER Wolfgang (EP); KUHN Werner (EP); LAMBSDORFF Alexander Graf (EP); LANGEN Werner (EP); LECHNER Kurt (EP); LEINEN Jo (EP); LOCHBIHLER Barbara (EP); LOESINGER Judith (EP)

Subject: FW: FAZ betr den europaischen Oeffentlichen Dienst

-----Original Message-----

From: BIRKENMAIER Dieter (TAXUD)

Sent: Tuesday, December 08, 2009 11:05 AM

To: ALBRECHT Jan Philipp (EP); ALVARO Alexander (EP); BALZ Burkhard (EP); BISKY Lothar (EP); BOEGE Reimer (EP); BRANTNER Franziska Katharina (EP); BROK Elmar (EP); BULLMANN Udo (EP); BUTIKOFER Reinhard Hans (EP); CASPARY Daniel (EP); CHATZIMARKAKIS Jorgo (EP); CRAMER Michael (EP); CREUTZMANN Jurgen (EP); DESS Albert (EP); EHLER Christian (EP); ERNST Cornelia (EP); ERTUG Ismail (EP); FERBER Markus (EP); FLECKENSTEIN Knut (EP); FLORENZ Karl-Heinz (EP); GAHLER Michael (EP); GEBHARDT Evelyne (EP)

Subject: FW: FAZ betr den europaischen Oeffentlichen Dienst

Zur Ihrer Information,
Mit freundlichen Gruessen
Dieter Birkenmaier

Dieter Birkenmaier
Hauptverwaltungsrat
Vizepraesident des Bruesseler Personalrats (CLP Bruxelles)
GD TAXUD.B.3
Europaische Kommission
LX 40, 00/018

1049 Bruessel
Tel. 0(03)2-29-51828

-----Original Message-----

From: Dieter Birkenmaier [<mailto:DieterBirkenmaier@we>]
Sent: Friday, December 04, 2009 6:47 PM
To: Hendrik-Kafsack@g
Cc: BIRKENMAIER Dieter (TAXUD)
Subject: FAZ betr den europaischen Oeffentlichen Dienst

Sehr geehrter Herr Kafsack,

darf ich erneut zu den Ausführungen der F.A.Z. zum europäischen Öffentlichen Dienst Stellung nehmen ? Diesmal geht es um Ihren Beitrag "Gut leben in Europa", erschienen am 2.Dezember (<http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~EDD4E23E32F6B49DFB4332B8C5CD44C6C~ATpl~Ecommon~Scontent.html>).

Zunächst verwundert es, dass dieser im Wirtschaftsteil als Bericht erscheint, obwohl er teilweise kommentierender Natur ist. Das gute alte Prinzip der Trennung von Fakten und Kommentar gilt offenbar nicht mehr. Das Bewerten beginnt schon im Untertitel, wo Sie gewisse Sonderregelungen als "Privilegien" bezeichnen, die "überholt" seien.

Mit Befriedigung stelle ich fest, dass die Zahl der Beamten rasch schrumpft. Waren es in Ihrem Artikel vom 27. November noch "mehr als 35.000", sind es jetzt nur "mehr als 30.000". Womöglich ist dies auf die von mir am 1.Dezember übermittelten Berechnungsvorschläge zurückzuführen? Weiter geht es allerdings erneut mit Aussagen, die doch nicht das ganze Bild der Lage vermitteln. So wird die gegenwärtige Wirtschaftskrise als Grund genannt, weswegen die Beamten keine oder eine knappere Erhöhung bekommen sollten.

Nochmals : Es wäre schon fair gewesen, zu erwähnen, dass es hier kein "dreizehntes" Montagsgehalt gibt, wie es in Deutschland für manche Berufsgruppen (noch) besteht. Es hätte schon der Genauigkeit entsprochen, zu sagen, dass die Bediensteten der EU schon seit 25 Jahren eine so genannte Krisenabgabe zahlen, an der der Gesetzgeber seitdem unabhängig vom Konjunkturkreislauf festhält - also ein Zeitraum, der sogar länger ist als ein "periodo especial" à la Fidel Castro. Dieser Sonderbeitrag beträgt zur Zeit 4,64% vom Bruttogehalt und wird ohnehin, wie schon 2004 festgelegt, bis zum Jahre 2012 allmählich auf 5,50% steigen. Er ist mit den Gewerkschaften aushandelt und vom Gesetzgeber beschlossen worden, gerade in einem "Paket", in dem mehrere "Privilegien" abgebaut wurden. Man muss nochmals unterstreichen, dass er sich an der Gehaltsentwicklung in den großen Mitgliedstaaten orientiert, die in manchen Jahren auch inflationsbereinigt negativ war und ist - was kann man anderes tun, als hier im "Gleichklang" mit den Mitgliedstaaten zu sein? Das geltende Recht brechen?

Des Weiteren berühren Sie die angeblich interessante Gesundheitsversorgung. lassen aber unerwähnt, dass etwa EU-Beamten die Krankenversicherung in der Regel 80 % ihrer Auslagen erstattet, bei vielen Leistungen (Zahnbehandlungen) weniger - auch hier im Einklang mit Spartendenzen in den Mitgliedstaaten, die zu einer Zusatzversicherung auf eigene Kosten ermutigen. Vor allem wird den EU-Beamten, anders als ihren Kollegen in Deutschland, ein substanzieller Beitrag zur Rentenversicherung abgezogen wird, der 10,9 % des Grundgehältes beträgt. Für 2010 steht eine weitere Erhöhung an, bis zu einem Satz von 11,25 %. Des weiteren zum Thema Rente: Ich habe kürzlich nachgerechnet, wie es mit dem erwähnten Vorruhestand mit 55 Jahren aussähe. Wenn ich anno 2013 im normalen Pensionsalter von 63 in Rente ginge, werde ich nach heutigem Stand, nach 35 Jahren Dienst, etwa 70% meines Grundgehältes beziehen, wobei man wegen Wegfalls der Auslandszulage eher 60% ansetzen muss. Gehe ich mit 55 Jahren in Rente, wären es nur 30% - und das wird nicht jeder aus freiem Willen machen.

Unter die Privilegien zählen Sie auch das "Anrecht auf einen Platz für seine Kinder in der hochsubventionierten europäischen Schule". Abgesehen davon, dass es vier solche Schulen in Brüssel gibt, ist es fraglich, ob man es als "Privileg" bezeichnen soll, wenn deutsche (oder in meinem Fall, deutsch-polnische) Kinder eben deutschen Unterricht haben und nicht deswegen auf diese Sozialisierung verzichten sollen, weil einer oder beide Elternteile im Ausland arbeiten.

Dann sollten sie uns schon sagen, lieber Herr Kafsack, was Sie wollen: Dass die Familien deutscher oder österreichischer Beamter sich auf die hiesige niederländische oder französische Sprache umstellen und den Kontakt zur heimischen Kultur verlieren sollen? Gleichzeitig aber beklagt die deutsche Presse immer wieder die schwache Stellung der deutschen Sprache in den hiesigen Institutionen . Dann machen wir doch einfach auch alle "subventionierten" deutschen Auslandsschulen zu, zur Zeit 117 an der Zahl, etwa auch die Deutsche Schule Brüssel. Ich bin sicher, viele F.A.Z.-Korrespondenten und andere Journalisten wären davon betroffen. Freuen wir uns, dass die seit 1841 bestehende in Antwerpen, wo etwa die Leute von BASF und deutschfreundliche Flamen ihren Nachwuchs über Generationen

hinschickten, vor zwei Jahren zugemacht hat (man findet dort als deutsches Unternehmen ja genug englischsprachige Arbeitskräfte).

Im Übrigen ist das mit dem Adjektiv "hochsubventioniert" auch nicht so einfach. Die Europaschulen haben Kapazitätsengpässe, vor allem weil die belgischen Behörden ihre Verpflichtung nicht erfüllen, rechtzeitig Schulgebäude bereitzustellen. Sie lassen sich wegen ihrer Säumigkeit sogar vor dem Europaischen Gerichtshof verklagen lassen (ich weiß nicht, ob dies Verpflichtungsverletzungen ein Thema sind, wenn sich etwa Frau Merkel mit Herrn Van Rompuy über Höheres unterhält). Eine der Konsequenzen ist, dass unsere "hochsubventionierten" Kinder ihr Mittagessen in einer Schicht von 15 Minuten hinunterschlingen müssen. Oder dass die Schulhöfe als Parkplätze für Busse missbraucht werden.

Weiter geht es mit den "Privilegien" - wenn nicht die heutigen, so werden die "Benzingutscheine, Schnaps und Zigaretten" aus ganz alten Zeiten hervorgeholt, die "umsonst verteilt worden" seien. Richtig ist, dass in dieser fernen Zeit jeder Beamte für etwa 100 DM pro Jahr un versteuerten Wein und Tabak kaufen (sic!) konnte. Die Benzingutscheine gab es, entgegen anders lautender Gerüchte, nur ab Referatsleiter aufwärts. Hier komme ich zu einem anderen Punkt: Sie nehmen die niedrigsten Gehaltsstufen der Beamten aufs Korn. Die 256.000 Euro hingegen, die ein Kommissar nunmehr als Übergangsgeld bekommt, der nur sechs Monate in Brüssel gearbeitet hat (wenn man der "Sunday Times" vom 29. November folgt - den Artikel hatte ich Ihnen gesandt), sind Ihnen keiner Erwähnung wert. Dass die Zahlen über die Mitarbeiterschaft der EU auch Tausende von Vertragsbediensteten (contract agents) umfassen, die monatlich mit einem Nettogehalt von knapp € 1500 auskommen müssen, scheint Ihnen auch ganz entgangen zu sein.

Sodann Ihre Bemerkungen zur "Dolce Vita" in Brüssel. Die hier behauptete Lebensqualität steht in plötzlichem und deutlichem Gegensatz zu den oft sarkastischen Artikeln der deutschen Presse über die "belgischen Zustände" (Dysfunktionalität in Justiz und Polizei, Staatsverschuldung, bröselige Infrastruktur, blockierte Politik, Korruptionsfälle, Kriminalität auf Brüsseler Straßen und gerade auch im Europaviertel).

Danke jedenfalls für Ihren Hinweis auf die "zahlreichen Geschäfte, Banken und Autohändler", die einem EU-Beamten "bis zu 30 Prozent Nachlass beim Einkauf gewähren". Man fragt sich, warum die belgischen Händler eigentlich, Verzeihung, so dusslig sind, einer angeblich so grandios verdienenden Kundschaft derartige Nachlässe zu gewähren. Ich - und meine Kollegen, die das gelesen haben - wäre/n schon dankbar für entsprechende "Tipps", wo man solche Rabatte bekommt.

Ich kenne eher Kollegen, die gern auf das blaue "EUR"-Autokennzeichen verzichten, in der vagen Hoffnung, keinen saftigen Preisaufschlag in der Autowerkstatt zu erleiden. Für meine Luxuslimousine, einen Skoda Octavia, habe ich keinen 30% -igen Abschlag bekommen. Anders als in Deutschland habe ich beim Kauf meines "Palasts" (200 qm für vier Personen in einem Reihenhause in Auderghem/ Oudergem) an Steuern, Gebühren und Notarkosten ca. 15% über den Kaufpreis hinaus bezahlt, der sowieso nicht billig war.

Zur 16 % -igen Auslandszulage allgemein gebe ich nochmals zu bedenken, dass sicher die meisten qualifizierten deutschen Arbeitnehmer, wenn sie in ein anderes Land gehen (außer vielleicht nach Österreich), Gehaltszuschläge erhalten. Dies unabhängig von ihrem Beruf oder Status (Beamter, Freiberufler, Angestellter). Diplomaten oder andere entsandte Beamte etwa verdoppeln sich meist / mindestens - was Sie leicht im Bundesbesoldungsgesetz nachlesen können, insbes. der Anlage VI a bis VI h. Auch im Vergleich zu anderen internationalen Organisationen, auch in Brüssel ansässigen, liegen die EU-Gehälter eher im unteren Bereich.

In Bezug auf die Gehaltshöhe an sich hatte ich Ihnen vor wenigen Tagen geschrieben : "Ich dachte, gerade die FAZ spreche sich immer für eine "Leistungsgesellschaft" aus. Dann sollte es auch kein Problem sein, Leuten mit besonderen Qualifikationen mehr zu bezahlen. Die 'Concours' stehen jedem EU-Bürger offen. Dass die 2 bis 4 % der Bewerber, die hier erfolgreich sind, eher an der Spitze der Einkommenskala stehen, ist nicht unnormal. Schließlich, um etwa meine Zunft anzuschauen, werden junge Juristen in Deutschland, die mit "sehr gut" oder "gut" ihre Examen machen, auch deutlich höhere Gehälter, bzw. Anfangsgehälter erzielen als solche mit "ausreichend". Das findet die FAZ doch sicher akzeptabel ?". Hinzufügen möchte ich noch, dass ich, blowing my trumpet, sicher einen guten Überblick über die gegenwärtige Lage bei den Bewerbern aus allen möglichen EU-Ländern habe - als Mitglied des Personalrats, Jurymitglied von EPSO-"Concours" oder Co-Sprecher einer Alumni-Gruppe einer deutschen Stiftung für Begabtenförderung. Ich kann Ihnen versichern, dass die Lebensläufe junger Bewerber durchweg immer besser werden, auch verglichen mit meiner Generation (Jahrgang 1960). Es bewirbt sich von Deutschen über Spaniern bis hin zu Rumänen hier kaum ein Absolvent auch nur für ein fünfmonatiges Praktikum, der nicht mehr als eine Fremdsprache beherrscht. Dass man mindestens ein Semester außerhalb seines Heimatlandes verbracht hat (oft dank des Erasmus-Programms), ist inzwischen Standard. Dies gilt erst recht für die erfolgreichen Bewerber nach einem "Concours", an deren Einstiegsgehältern "herumgekrittelt" wird.

Alles in allem möchte ich daher bitten, ein etwas umfassenderes Bild der Lage zu geben, die Fakten genauer zu recherchieren, und nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen, sondern die Fakten 'sine ira et studio' zu betrachten.

Ich erlaube mir, diesen Brief an einige Kollegen zu kopieren und daraus eventuell einen Leserbrief zu machen. Meine Äußerungen sind selbstredend keine dienstlichen, sondern persönlicher Art.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Birkenmaier, Auderghem/ Oudergem

FAZ 3.12.2009,

Beamte

Gut leben in Europa

Von Hendrik Kafsack, Brüssel

Drucken Versenden Speichern Vorherige Seite

Mehr Geld für Brüsseler Beamte? Darüber wird nun gestritten

02. Dezember 2009 Ein politisch zweifelhaftes Signal kann oder will die Europäische Kommission offenbar nicht erkennen. Trotz der wirtschaftlichen Krisenzeiten will sie die geplante, deutliche Gehaltserhöhung für EU-Beamten durchsetzen. "Wir wenden doch nur an, was im Beamtenstatut steht, objektiv, auf rein statistischer Grundlage", wiederholten die für Verwaltungsfragen verantwortliche Sprecherin Valérie Rampi sowie die Chefsprecherin der Kommission, Pia Ahrenkilde Hansen, gebetsmühlenartig, als sie sich nun unverhofft der Frage ausgesetzt sahen. Darüber hinaus war von Seiten der EU-Kommission auch auf mehrfache Nachfragen kein Kommentar zu hören. Die Mitgliedstaaten jedoch wundern sich. "In solchen Zeiten 3,7 Prozent mehr Lohn vorzuschlagen ist schon frech", heißt es in Diplomatenkreisen. Zunächst einmal haben die Staaten die Erhöhung deshalb ausgesetzt.

Ein im Beamtenstatut verankertes Verfahren

Ob sie das auch endgültig können, muss nun der juristische Dienst des Ministerrats klären. Denn in der Tat fußt der Kommissionsvorschlag auf einem im Beamtenstatut verankerten Verfahren, das eine jährliche Gehaltsanpassung auf statistischer Grundlage vorsieht. Die Entwicklung der Beamtengehälter in acht alten Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, fließt darin ein und die Entwicklung der Lebenshaltungskosten - wobei die EU-Beamten nicht den normalen Warenkorb zugrunde legen. Vielmehr ist dieser an die speziellen Bedürfnisse von international tätigen, öffentlich Beschäftigten angepasst.

Die Kommission argumentiert deshalb, wenn sie einen anderen Vorschlag vorlege oder die EU-Staaten den Vorschlag der Kommission ablehnten, könnten die Beamten gerichtlich dagegen vorgehen. Allerdings sieht auch das Beamtenstatut vor, dass im Einzelfall von dieser Formel abgewichen werden kann. Nach Ansicht von EU-Diplomaten ist dieser Einzelfall angesichts der wohl größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren eingetreten.

Zum Thema

Streit über Gehälter für EU-Beamte

Die Kommission sieht das nicht so. Schließlich schlugen sich die Folgen der Finanzkrise irgendwann auch in den Beamtengehältern der EU-Staaten und den Lebenshaltungskosten nieder und dann verdienten auch die EU-Beamten weniger. Außerdem sei das Gehalt der mehr als 30.000 Beamten in den vergangenen beiden Jahren schon jeweils nur um knapp 2 Prozent gestiegen. Wobei auch ein Anstieg von 2 Prozent angesichts der Beamtengehälter in Brüssel absolut betrachtet eine durchaus beträchtliche Summe ergibt.

Ein Brüsseler Beamter genießt etliche Privilegien

Zwischen 2556,91 Euro und 17.697,68 Euro verdient ein EU-Beamter schon seit dem 1. Juli 2008 als Grundgehalt. Die knapp 60 Generaldirektoren der höchsten Gehaltsstufe erhalten damit knapp doppelt so viel wie vergleichbare Beamte in Deutschland. Akademiker steigen auch ohne Berufserfahrung in der Regel mit mindestens 4190,20 Euro ein. Alle zwei Jahre rückt ein Beamter automatisch in eine höhere Gehaltsstufe auf. Insgesamt gibt es davon je Besoldungsstufe fünf. Versteuern muss ein Beamter das Gehalt nicht in seinem Heimatland. Er unterliegt vielmehr der Gemeinschaftssteuer, die von 8 bis 45 Prozent gestaffelt ist, wobei der Höchststeuersatz ab einem Monatsgehalt von 6700 Euro anfällt. Allerdings sind wiederum 10 Prozent des Gehalts steuerfrei. Hinzu kommen zahlreiche, gänzlich steuerfreie Zulagen: eine Haushaltszulage von 2 Prozent des Gehalts plus 160 Euro, eine Zulage von 350 Euro je Kind, eine Erziehungszulage von bis zu 240 Euro und diverse andere Sonderzahlungen. Zudem erhalten alle Beamten, die nicht in ihrem Heimatland arbeiten, eine Auslandszulage von 16 Prozent des Grundgehaltes sowie der Haushalts- und Kinderzulage. Das betrifft etwa 80 Prozent der Beamten.

Auch unabhängig vom Gehalt genießt ein Beamter in Brüssel etliche Privilegien. So hat er ein Anrecht auf einen Platz für seine Kinder in der hoch subventionierten Europäischen Schule. Er genießt eine viel bessere Gesundheitsversorgung als der normale Belgier für einen Beitrag von gerade einmal 2 Prozent seines Gehalts. Er erhält eine jährliche Reisekostenpauschale für eine eventuelle Heimreise. Jahr für Jahr summieren sich diese auf knapp 45 Millionen Euro. Hinzu kommt, dass zahlreiche Geschäfte, Banken und Autohändler einem EU-Beamten bis zu 30 Prozent Nachlass beim Einkauf gewähren.

Überstunden nur "in dringenden Fällen"

Die Arbeitszeit je Woche beträgt 37,5 Stunden, darf aber 42 Stunden nicht überschreiten. Die Beamten dürfen nur "in dringenden Fällen oder bei außergewöhnlichem Arbeitsanfall" zur Leistung von Überstunden herangezogen werden. Für jede Überstunde erhalten sie anderthalb bis zwei Stunden Ausgleich, je nach dem, wann sie diese geleistet haben. Von der Rente mit 67 ist in Brüssel noch keine Rede, der "normale Beamte" verabschiedet sich mit 63 Jahren aus dem Amt. Schon mit 55 Jahren kann er in den Vorruhestand treten.

Begründet werden all diese Privilegien damit, dass die Beamten der EU qualifizierter seien als diejenigen der Mitgliedstaaten - schon allein, da sie mehr Fremdsprachen sprechen müssten. Außerdem müssten sie dafür kompensiert werden, dass sie nicht in ihrem Heimatland arbeiteten. "Was zugegebenermaßen heutzutage nicht mehr wirklich eine Belastung ist", sagt dazu ein hoher EU-Kommissionsbeamter, der seinen Namen in diesem Zusammenhang nicht genannt sehen will. "Schließlich müsste man die meisten Beamten schon mit Waffengewalt zwingen, aus Brüssel wegzuziehen." Andere berufen sich darauf, dass früher alles noch besser war. Drei Gehaltsstufen höher seien Akademiker bis zu der letzten Reform des Beamtenstatutes, die 2004 in Kraft trat, bei ihrer Einstellung eingestuft worden. Regelmäßig seien Benzingutscheine, Schnaps und Zigaretten umsonst verteilt worden. Ein Überbleibsel aus alter Zeit ist hingegen die Urlaubsregelung. 24 Tage haben die Beamten in Brüssel, wobei sie zwischen Weihnachten und Neujahr keinen Urlaub nehmen müssen. Hinzu kommen Extra-Tage für eine jährliche Reise in die Heimat. Deren Zahl hängt von der Entfernung zwischen dem Heimatort und dem Dienstort ab - in Eisenbahnkilometern. Arm dran ist also der in Brüssel geborene EU-Beamte. Der gebürtige Berliner bekommt schon drei Tage Extra-Urlaub und wer aus Athen oder Sizilien stammt, gar sechs. Ob ein Beamter tatsächlich schon sechs Tage in einer Bummelbahn verbracht hat, um seinen Heimatort zu erreichen, ist nicht bekannt.

Text: F.A.Z.

-----Original Message-----

From: BIRKENMAIER Dieter (TAXUD)

Sent: Tuesday, December 01, 2009 4:51 PM

To: 'Hendrik Kafsack'

Subject: RE: FW: "Ueberbezahlt" - Pauschales Kommissions-Bashing in der FAZ

Sehr geehrter Herr Kafsack,

.....

Ich meine, einen Artikel zu der komplizierten Problematik der Expat-Gehälter, der mit der Überschrift "Ueberbezahlt" beginnt, erwartet man schon eher in einer Boulevardzeitung als in der FAZ. Um die Beamtengehälter - die zwölfmal im Jahr gezahlt werden und fuer die man keine Absetzmoeglichkeiten hat - in einen Zusammenhang zu bringen, waere es doch interessant zu wissen, welche Zuschlaege etwa nationale Beamte (Diplomaten, ENDS) bekommen, wenn sie nach Bruessel gehen, eine Stadt, die anders als Koeln oder Kopenhagen, Lyon oder Leiden nicht gerade fuer ihre attraktive Infrastruktur oder "good governance" bekannt ist. Ich kann mir auch vorstellen, dass Lobbyvertreter, NGO-Leute oder gar Journalisten fuer die "Expatriierung" Zuschlaege erhalten, oder zumindest die hoeheren Gehaelter ihrer hiesigen Gespraechspartner bei Gehaltsverhandlungen "zu Hause" gerne als Argument verwenden.

Kuerzlich habe ich mit einem Bediensteten der NRW-Vertretung unterhalten, der darueber klagte, wie schwer es ist, aus den Ministerien motivierte und in Europaangelegenheiten versierte Beamte nach Bruessel zu bringen. Ich dachte, gerade die FAZ spreche sich immer fuer eine "Leistungsgesellschaft" aus. Dann sollte es auch kein Problem sein, Leuten mit besonderen Qualifikationen mehr zu bezahlen. Die "Concours" stehen jedem EU-Buerger offen. Dass die 2 bis 4 % der Bewerber, die hier erfolgreich sind, eher an der Spitze der Einkommensskala stehen, ist nicht unnormal. Schlieslich, um etwa meine Zunft anzuschauen, werden junge Juristen in Deutschland, die mit "sehr gut" oder "gut" ihre Examen machen, auch deutlich hoehere Gehaelter, bzw Anfangsgehaelter erzielen als solche mit "ausreichend". Das findet die FAZ doch sicher akzeptabel ?

Fraglich ist auch, wie der Artikel zu der Aussage kommt, es gaebe "mehr als 35.000 EU-Beamte(n)". Wenn man das Thema des europaischen Oeffentlichen Dienstes anreisst, sollte man doch zutreffendere Zahlen bringen, die man etwa aus der Website http://www.cc.cec/pers_admin/statistical_bulletin/index_en.html erschliessen kann. Hieraus geht hervor, dass die Kommission 33.681 Beschaeftigten zaehlt, die unterteilt werden in 21.223 der Kategorie AD und AST sowie 333 "Senior manager" und 1247 "Middle manager" - Summe 22.803. Unter den letzteren beiden Kategorien sind - man kann das kritisieren - auch einige Nichtbeamte. Jedenfalls gibt es nicht mehr als 22.803 Beamte der Kommission. Die Institutionen ausserhalb der Kommissioen zaehlen 44.735 minus 33.681, also 11.054 Beschaeftigte. Selbst wenn jeder dieser Bediensteten Beamter waere, was natuerlich abwegig ist, kaeme man "nur" auf 33.857 Beamte. Schon die

zusammen ca 1400 Zeitbediensteten in Parlament und Gerichtshof sind hier abzuziehen, zudem die mehr als 1000 "temporary staff" der beiden groessten Agenturen (EMEA, EASA), von den kleineren Institutionen ganz abgesehen. Es gibt daher weit weniger als "35.000 Beamte" - offenbar wird hier eine Verwechslung mit Zeitbediensteten, entsandte Experten etc vorgenommen, was doch eine schwerwiegende Ungenauigkeit darstellt. Schon diese wenigen Argumente zeigen, dass die Sache doch etwas komplizierter ist, als sich das manche vorstellen, mit freundlichen Gruessen
Dieter Birkenmaier

----- Original-Nachricht -----

> Datum: Fri, 27 Nov 2009 11:52:35 +0100

> Von: Dieter.BIRKENMAIER@ec.europa.eu

> An: ulrich

> Betreff: FW: Pauschales Kommissions-Bashing in der FAZ

>

>

> und die Bundesregierung hat auch mal eine Idee zum Beamtenstatut :

> Gehaelter senken.

>

>><http://www.faz.net/s/Rub4D8A76D29ABA43699D9E59C0413A582C/Doc~E3F963D1C04BC4AD0A54A40D90E758FC1~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

>>/s/homepage.html>> <<>ole0>>>

>>27. November 2009 </s/Rub/Tpl~Eticker~STicker.html>

>>

>>

>>Gehälter in der EU

>>Überbezahlt

>>Von Hendrik Kafsack

> </s/RubD87FF48828064DAA974C2FF3CC5F6867

/Doc~E2502598B990547ABB33768F6663475BF~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

>>

>>27. November 2009 Dass die Beamten der EU weltfremd sind und gnadenlos

> überbezahlt, ist ein Klischee - und doch tut die EU-Kommission derzeit

> alles, um es zu bestätigen. 3,7 Prozent mehr Gehalt will sie den ohnehin schon

> äußerst gut verdienenden Beamten in diesem Jahr zuschustern, rückwirkend

> zum 1. Juli. Dass sich die Welt in der schwersten Wirtschaftskrise seit

> 1929 befindet und überall anders Zurückhaltung gepredigt wird, ficht sie

> nicht an. Sie wende nur an, was das Beamtenstatut vorsehe, objektiv und

> nachprüfbar.

>>Dort steht in der Tat, dass das Gehalt jährlich abhängig von der

> Entwicklung der Lebenshaltungskosten und den Beamtengehältern in einigen

> EU-Staaten ansteigen soll. Das ergibt nach Angaben des EU-Statistikamts 3,7

> Prozent. Was soll die Kommission also machen? Nun, sie könnte einen

> zugegebenermaßen schwer auszulegenden Passus des Statuts nutzen und die Erhöhung

> aussetzen, was nun immerhin die Staaten durchzusetzen versuchen. Die Kommission

> erkennt indes offenbar nicht einmal, was für ein Signal sie mit der

> Gehaltserhöhung aussendet. Wer derart unsensibel vorgeht, muss sich nicht

> wundern, wenn die Bürger kein positives Bild von der Union haben. Da kann sie

> die Roaming-Preise noch so sehr senken.

>>

>>

>>Artikel :

>><http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~E89DE1D3A7CEF4F6AAC09EF5E515DCC47~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

--

HENDRIK KAFSACK

